

CDU-Kreistagsfraktion Herford · Amtshausstr. 3 · 32051 Herford

Landrat Jürgen Müller

Amtshausstraße 3

32051 Herford



CDU

KREISTAGSFRAKTION

10. Dezember 2018

Betreff: Haushaltsbegleitbeschluss für den Haushalt 2019 / 2020

Sehr geehrter Herr Landrat Müller,

zur Sitzung des Kreisausschusses am 12. Dezember 2018 und zur Sitzung des Kreistags am 14. Dezember 2018 stellt die CDU-Kreistagsfraktion nachfolgenden Antrag zur Beschlussfassung als haushaltsbegleitenden Beschluss:

- **Baustellenkoordination intensivieren und digitalisieren**

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen wie mittels einer intensivierten Baustellenkoordination bei geplanten, den Verkehr beeinträchtigenden Baumaßnahmen im Kreisgebiet und im Umkreis (z.B. Bielefelder Straße), Staus vermieden und Baumaßnahmen beschleunigt werden können. Ein etwaiger Stellenmehrbedarf ist innerhalb des Stellenplans zu decken.

Ferner soll geprüft werden, inwieweit eine digitale Kommunikation von Baustellen erfolgen kann (Geo-Portal) und wie das aktuelle Baustellenaufkommen für Drittanbieter (zum Beispiel von Navigations-Apps) nutzbar gemacht werden kann.

- **Einführung einer Radwegenetzverwaltung**

Die Verwaltung wird beauftragt, innerhalb der Kreisverwaltung die koordinierte Weiterentwicklung des Radwegenetzes im Kreis Herford sicherzustellen und die im Stellenplan vorgesehene halbe Stelle eines Mobilitätsbeauftragten mit der Radverkehrskoordination zu betrauen.

- **Rettungspunkte an Wander- und Radwegen ergänzen**

Die Verwaltung wird beauftragt, die bestehende Beschilderung der Wander- und Radwege in geeigneter Weise um die Beschilderung so genannter Rettungspunkte zu ergänzen.

- **Service und Erreichbarkeit von Verwaltungsdienstleistungen verbessern**

Um den Service und die Erreichbarkeit im Sinne der vom Landrat ausgegebenen Zielsetzung zu erreichen, wird die Verwaltung beauftragt zu prüfen, inwieweit die Einführung der bundesweit einheitlichen Behördenrufnummer 115 die Erreichbarkeit der Kreisverwaltung verbessern kann.

Die Servicezeiten der Ämter sollten, soweit sinnvoll möglich, vereinheitlicht werden. Die telefonische Erreichbarkeit aller Ämter sollte einheitlich geregelt und in diesem Zusammenhang eine Rückrufe-Garantie außerhalb von Sprechzeiten gegeben werden.

- **Ausweitung der Förderung internationaler Kontakte**

Die Verwaltung wird beauftragt, im Produkt 001 006 003 „Internationale Kontakte“, die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen von 20.000 € um 30.000 € auf 50.000 € für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 zu erhöhen.

- **Stellenansatz für Teilhabepanung (Inklusion) erhöhen**

Die Verwaltung wird gebeten, die bisherige, halbe Stelle, für die Teilhabepanung auf mindestens eine volle Stelle zu erhöhen. Die Erhöhung ist im vorliegenden Stellenplan zu decken, beispielsweise aus den sechs Kompensationsstellen.

- **Quartalsberichte zur Beschlussumsetzung einführen**

Die Verwaltung wird beauftragt, Quartalsberichte zur Beschlussumsetzung einzuführen und dem Kreistag zur Kenntnis zu geben. Darin enthalten sein soll der aktuelle Bearbeitungsstand in Kurzform, sowie etwaige Hinderungsgründe für eine Umsetzung.

Das Beschlusscontrolling soll an die Quartalscontrollingberichte angeschlossen werden und auch noch explizit über größere Investitionsmaßnahmen berichten.

Begründungen:

Baustellenkoordinierung intensivieren und digitalisieren

Mobilität ist ein entscheidender Standortfaktor im Kreis Herford. Die Straßen in unserem Kreis sind für unsere Bürgerinnen und Bürger wichtig, um von A nach B zu kommen, und unabdingbare Voraussetzung für eine starke Wirtschaft, wie die IHK Ostwestfalen zu Bielefeld bereits im Jahre 2008 im Positionspapier für Ostwestfalen unter dem Titel „Wirtschaft braucht Mobilität!“ festgehalten hat.

Baustellen und Sperrungen sind unvermeidbar, um die Straßeninfrastruktur intakt zu halten oder zu verbessern, sie sind aber immer auch ein Geduldsspiel. Neben den zuständigen Stellen im Land (Straßen.NRW), Kreis und den Städten und Gemeinden sind es oft auch Versorgungsunternehmen, die Baustellen auf Straßen und öffentlichen Plätzen einrichten müssen.

Die CDU-Fraktion begrüßt die vorgenommene Aufstockung der Haushaltsmittel für die Erneuerung von Fahrbahnen, Rad- und Gehwegen (Masterplan) von 2.000.000 € auf 2.500.000 € in 2019 und 3.000.000 € in 2020, die jetzt erstmals den Wertverlust aus Abschreibungen kompensieren und damit keinen weiteren Sanierungsstau verursachen. Auch das Land forciert im nächsten Jahr den Planungs- und Bauhochlauf von Landesstraßen (vgl. Pressemitteilung Ministerium für Verkehr NRW vom 16.11.2018). Im Landeshaushalt 2019 sind für den Erhalt von Landesstraßen 175 Millionen Euro eingeplant. Für den Neu- und Ausbau von Landesstraßen soll der Etat im nächsten Jahr um 10 Millionen Euro auf 47 Millionen Euro steigen. Verschiedenen Presseberichten zu Folge planen auch die Städte und Gemeinden eine Intensivierung von Straßenbaumaßnahmen.

Die Intensivierung von Maßnahmen darf nicht zu einem Mehr an Staus führen. Dazu ist eine Baustellenkoordination wichtig. Zudem kann eine transparente Kommunikation insbesondere während der Durchführung der Maßnahmen, z.B. bei zeitlichen Verzögerungen, auch für das notwendige Verständnis von Bürgerinnen und Bürgern sorgen.

Einführung einer Radwegenetzverwaltung

Der Kreis Herford mit seinen neun Städten und Gemeinden hat mit seinen nur geringen Höhenunterschieden ein nahezu ideales Profil für den Radverkehr. Eine Förderung des Radverkehrs ist nicht zuletzt aufgrund der Emissionsfreiheit und der positiven Auswirkungen auf die Gesundheit sinnvoll.

„Im Rahmen des Projektes „**Fahrradfreundlicher Kreis Herford**“ hat der Kreis Herford in Zusammenarbeit mit seinen Städten und Gemeinden ein kreisweit **beschildertes Radverkehrsnetz** aufgebaut. Mit den Radverkehrsnetzen des Landes Nordrhein-Westfalen, der Stadt Bünde und der Gemeinde Hiddenhausen verfügt der Kreis Herford inzwischen über ein **748 Kilometer** langes,

einheitlich beschildertes Radverkehrsnetz mit **2.272 Standorten** zur Wegweisung. Radfahrerinnen und Radfahrer können mithilfe der Kennzeichnung möglichst kurze und sichere Verbindungen zwischen den einzelnen Siedlungsräumen des Kreises finden. In dieses Netz sind auch zahlreiche Freizeittrouten eingebunden.“, schreibt daher auch der Kreis Herford auf seiner Webseite. Dennoch kommt es trotz dieses begrüßenswerten Projekts immer wieder zu Situationen, in denen Radwege plötzlich enden.

Um diese Situation in Zukunft weiter zu verbessern, soll mit der Schaffung einer Radwegenetzverwaltung beim Kreis Herford eine zentrale Koordination sichergestellt werden. Aufgabe der Radwegenetzverwaltung ist es auch, bestehende Lücken im städteübergreifenden Radwegenetz zu ermitteln und mit den Städten und Gemeinden Möglichkeiten zum Schließen dieser Lücken zu erarbeiten und bei der Schließung zu unterstützen.

Rettungspunkte an Wander- und Radwegen ergänzen

Der Kreis Herford lädt mit seinem vielfältigen Angebot an Wander- und Radwegen dazu ein, erkundet zu werden. Kommt es dabei zu einem medizinischen Notfall, ist die Koordination der Einsatzkräfte jedoch oft schwierig, da schon eine genaue Ortsangabe kaum möglich ist.

Um dieser Herausforderung zu begegnen, hat sich, ursprünglich für Waldarbeiter gedacht, das System der so genannten Rettungspunkte etabliert. Wenngleich es keine bundesweit einheitliche



Beispielbild von feuerwehr-nrw.de

Umsetzung dieses Systems gibt, hat sich doch inzwischen ein bewährtes Konzept etabliert. Dieses beinhaltet neben der Aufstellung der Rettungspunktschilder auch die digitale Erfassung der Rettungspunkte, so dass diese mittels Apps einfach gefunden werden können.

Service und Erreichbarkeit von Verwaltungsdienstleistungen verbessern

Landrat Jürgen Müller hat bei der Einbringung des Haushalts zum Programmziel „Moderne Verwaltung“ ausgeführt, dass sie erreichbar ist, schnell agiert und auf die Bürgerinnen und Bürger zugeht (siehe auch NW vom 29./30. September 2018).

Die Realität bietet verschiedene sogenannte Servicezeiten der Kreisverwaltung, die aber nicht einheitlich sind. Dies kann auch nicht durch das Service-Büro mit längeren Öffnungszeiten kompensiert werden, da hier nur ein kleiner Teil der Dienstleistungen bearbeitet werden kann.

Die telefonische Erreichbarkeit ist nicht durchgängig gegeben. Gerade Fachdienststellen sind nicht erreichbar und bieten auch keinen Rückruf an. Das Straßenverkehrsamt in Kirchlengern ist de facto häufig kaum telefonisch erreichbar, was den Unmut bei Bürgerinnen und Bürgern unnötig anstaut und anschließend oft an den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausgelassen wird.

Zudem darf in einer älter werdenden Gesellschaft nicht ausschließlich auf Digitalisierung gesetzt werden. Der persönliche Kontakt wird insbesondere von älteren Menschen oft gewünscht. So kann eine zentrale Behördenrufnummer auch als Behördenlotse fungieren und die Zugänglichkeit der Verwaltung weiter erhöhen.

Ausweitung der Förderung internationaler Kontakte

In einer globalisierten Welt ist Zusammenarbeit und gegenseitiges Verständnis von zentraler Bedeutung. In den letzten Jahren ist leider in vielen Ländern ein erstarkender Nationalismus zu verzeichnen. Um diesem entgegen zu wirken, ist persönlicher Kontakt von essentieller Bedeutung. Gerade mit Blick auf unsere Partnerschaft mit der Stadt Quincy in den USA und der dortigen aktuellen politischen Entwicklung unter einem Präsidenten Donald Trump, wird ein vertiefter Kontakt zunehmend wichtig.

Hier gilt es auf, beiden Seiten Vorurteilen entgegen zu wirken und Verständnis zu schaffen. Dazu sind insbesondere Kontakte zwischen jungen Menschen wichtig, da in jungen Jahren die Grundlage für spätere Entwicklungen gelegt wird. Deshalb ist es geboten, mit einer Ausweitung des Mittelansatzes Projekte wie den bestehenden Schulaustausch des Widukind-Gymnasiums Enger mit der Quincy Notre Dame High School auszuweiten und die Einrichtung vergleichbarer Austauschprogramme zu ermöglichen.

Stellenansatz für Teilhabeplanung (Inklusion) erhöhen

„Menschen mit Behinderungen wollen genauso leben wie nichtbehinderte Menschen auch. Sie möchten mobil sein und ihren Alltag ohne fremde Hilfe meistern können. Und sie haben ein Recht darauf. Denn niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden - so steht es im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.“. Vor diesem Grundsatz des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales („Teilhabe von Menschen mit Behinderungen“ URL: <https://www.bmas.de/DE/Themen/teilhabe-thementeaser.html> Abrufdatum: 10.12.2018) hat sich der Kreis Herford schon frühzeitig, bereits im Jahr 2013, mit einer Inklusionsplanung befasst und einen externen Prozess zur Erstellung eines Inklusionsplans in Auftrag gegeben. Der entsprechende Abschlussbericht wurde dem Kreistag in seiner Sitzung am 11.12.2015 zur Kenntnis gegeben.

Der Abschlussbericht benennt folgende Handlungsfelder

1. Frühe Hilfen / Frühförderung und (frühkindliche) Bildung

2. Ausbildung, Arbeit und Beschäftigung
3. Wohnen
4. Freizeit, Kultur und Sport
5. Mobilität
6. Gesundheit und Pflege
7. Partizipation
8. Inklusionsorientierte Verwaltung

Für die Umsetzung der Handlungsfelder des Abschlussberichts zur Inklusionsplanung wurde anschließend mit dem Haushalt 2017 / 2018 eine halbe Stelle für die Teilhabeplanung geschaffen. Mit Blick auf die hohe Bedeutung der Inklusion für betroffene Menschen und dem sehr umfangreichen Handlungsbedarf, halten wir eine spürbare Ausweitung der Aktivitäten des Kreises Herford für dringend geboten. Ein erster Schritt stellt aus unserer Sicht die Erhöhung der planerischen Ressourcen, und somit die Ausweitung der Stelle für die Teilhabeplanung auf mindestens eine volle Stelle, dar.

Quartalsberichte zur Beschlussumsetzung einführen

Die Politik im Kreis Herford fasst fortlaufend Beschlüsse zur Umsetzung durch die Kreisverwaltung. Wenngleich diese in der Regel gewissenhaft umgesetzt werden, ist es mit erheblichem Aufwand verbunden, die Umsetzung zu verfolgen. Da es für Bürgerinnen und Bürger, sowie die Politik wichtig ist zu erfahren, wenn es bei einer Beschlussumsetzung zu Verzögerungen kommt, ist im Zuge einer gesteigerten Transparenz die Weitergabe der intern ohnehin vorhandenen Informationen zur Beschlussumsetzung in geeigneter, aufbereiteter Form ein wichtiges Mittel zur Verbesserung der kommunalpolitischen Arbeit.

Für etwaige Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,
Gez.
Michael Schönbeck
Fraktionsvorsitzender